



Totalitarismus und Transformation

Defizite der Demokratiekonsolidierung
in Mittel- und Osteuropa

Herausgegeben von
Uwe Backes, Tytus Jaskułowski und Abel Polese

Vandenhoeck & Ruprecht

Totalitarismus und Transformation

Defizite der Demokratiekonsolidierung
im Mittel- und Osteuropa

Herausgegeben von Uwe Backes,
Tytus Jaskułowski und Abel Polese

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-525-36911-1

© 2009, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / www.v-r.de
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden
Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Rechtsextremistische Parteien in Ostdeutschland, Tschechien, Polen und Russland

Miroslav Mareš

I. Einführung

Die postkommunistischen Staaten Osteuropas sahen sich nach 1989 mit einer Zunahme rechtsextremistischer Phänomene konfrontiert.¹ Präsenz und Stärke des Extremismus stellen ein wichtiges Kriterium für die Bewertung der demokratischen (De)Konsolidierung des Parteiensystems in der Phase der politischen und gesellschaftlichen Transformation dar.² Im folgenden Beitrag werden rechtsextremistische Parteien aus vier postkommunistischen Staaten analysiert und verglichen – mit dem Ziel, die Frage zu beantworten, wie diese Parteien den Demokratisierungsprozess beeinflusst haben.

Die Länder, die hier näher betrachtet werden, sind die ehemalige Deutsche Demokratische Republik (deren Gebiet seit 1990 den östlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland bildet), Tschechien, Polen und Russland. Die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus stellten sich in den einzelnen postkommunistischen Staaten relativ unterschiedlich dar, obwohl auch Gemeinsamkeiten erkennbar sind.

Für jedes der Fallbeispiele ist es zunächst wichtig, eine „Topographie“ des rechtsextremistischen parteipolitischen Spektrums zu erarbeiten. Dabei können die Ergebnisse der Extremismus- und Parteienfamilienforschung helfen.³ Danach wird die Position der rechtsextremistischen Parteien innerhalb des Parteiensystems analysiert (Wahlergebnisse, Koalitionsfähigkeit, Einfluss auf die

1 Der vorliegende Beitrag wurde im Rahmen des Forschungsprojektes „Politische Parteien und Vertretung der Interessen in den europäischen Demokratien von heute“ (Code MSM0021622407) erarbeitet.

2 Vgl. Beyme, Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung. In: Merkel/Sandschneider (Hg.), Systemwechsel 3, S. 23–56, hier 34–37.

3 In diesen Zusammenhang ist es wichtig zu bemerken, dass eines der möglichen Kriterien für die Bestimmung der Zugehörigkeit einer Partei zu einer bestimmten Parteienfamilie – der Name – für rechtsextreme Parteien allgemein und in postkommunistischem Europa speziell keine Rolle spielt. Mögliche Kriterien für Parteifamilienzugehörigkeit sind laut Mair und Mudde: Ursprung, Ideologie, Name und transnationale Kontakte. Mair/Mudde, The Party Family. In: Annual Review of Political Science, 1 (1998) 1, S. 211–229.

politischen Entscheidungen). Es folgt eine Analyse der Agitationsfelder des Rechtsextremismus und dessen Verflechtung mit der Gesellschaft (Agitationsthemen, Überdeckung mit Einstellungen der Öffentlichkeit, intermediäre Strukturen), seiner Beziehungen zum militanten rechtsextremistischen Spektrum (militante Jugendsubkulturen, paramilitärische Einheiten, Terroristen) sowie der Position der nationalen rechtsextremistischen Parteien innerhalb des transnationalen rechtsextremistischen Spektrums (Mitgliedschaft in transnationalen rechtsextremistischen Organisationen und Netzwerken, Rolle in deren Führungsstrukturen). All diese Faktoren werden schließlich zu einem zusammenfassenden Vergleich geführt.

II. Ostdeutschland

1. Rechtsextremistische Parteienlandschaft

In Ostdeutschland ist eine Abgrenzung des rechtsextremistischen Parteienspektrums ohne größere Probleme möglich. Alle gegenwärtig relevanten rechtsextremen Parteien haben ihre Wurzeln bereits vor der Wiedervereinigung auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik. Seit dieser Zeit werden die fraglichen Parteien zudem als rechtsextremistisch eingestuft.

In der Nachkriegszeit wurden in beiden deutschen Staaten die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)* sowie weitere politische Organisationen des NS-Regimes verboten. Eine legale Existenz rechtsextremer Organisationen war in der DDR nicht möglich. Ein Teil der ehemaligen NS-Anhänger wurde in der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD)* organisiert,⁴ doch diese Blockpartei hat bis zuletzt eine regime-konforme Linie verfolgt. Trotz der offiziell antifaschistisch ausgerichteten Politik der DDR wurden Ende der 80er Jahre viele junge Menschen vom westlichen Rechtsextremismus inspiriert.

In der alten Bundesrepublik Deutschland waren dagegen in der Nachkriegszeit drei Wellen der rechtsextremen Wahlerfolge auf Regionalebene erkennbar: zu Beginn der 50er Jahre durch die *Sozialistische Reichspartei (SRP)*, in den 60er Jahren infolge des Aufstiegs der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD)* und seit Ende der 80er Jahre durch das Aufkommen bzw. Erstarken von *Die Republikaner (REP)* und *Deutscher Volksunion (DVU)*.⁵

Der Prozess der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 lief also parallel zur letzten obengenannten Welle. Die rechtsextremistischen Parteien wollten den damaligen Anstieg des deutschen Nationalismus in Ostdeutschland ausnützen und in den neu- bzw. wiedergegründeten deutschen Bundesländern ihre Struktur ausbauen.

4 Vgl. Jesse, Die Parteien in der SBZ/DDR. In: Gabriel/Niedermayer/Stöss (Hg.), Parteidemokratie in Deutschland, S. 84–130, hier 88.

5 Vgl. Stöss, Rechtsextremismus im Vereinten Deutschland, S. 46.

Schon im Jahr 1990 haben in der DDR die REP als erste rechtsextreme Partei ihre Strukturen auch in Ostdeutschland aufgebaut – mit dem Ziel, sich als erste gesamtdeutsche Partei zu etablieren.⁶ Die REP waren später aber weniger erfolgreich als die rechtsextreme Konkurrenz. Bei den REP handelt es sich um eine Formation, die in die moderne westeuropäische rechtspopulistische Parteienfamilie eingegliedert ist. Sie wurde 1983 gegründet. Die prägenden ideologischen Merkmale sind Deutschnationalismus, eine gegen jegliche Immigration nach Deutschland gerichtete Haltung, eine ausgeprägte EU-Feindlichkeit und Neutralitätsbedürfnis.

In Ostdeutschland hat sich auch die DVU rasch als politische Kraft etabliert. Diese Partei wurde in den 70er Jahren vom Verleger Gerhard Frey gegründet, zuerst in Form eines eingetragenen Vereins (e. V.). Damals diente die spätere Partei als Sammelorganisation für traditionelle rechtsextreme Kräfte. Ende der 80er Jahre wurde sie in eine politische Partei transformiert, die populistische Anti-Establishment-Motive nutzte. Das politische Profil der DVU ist traditionalistischer ausgerichtet als das Profil der REP, doch auch die DVU kann als ein Teil des westeuropäischen Rechtspopulismus charakterisiert werden.

Besonders wichtig waren die deutsche Wiedervereinigung und die damit verbundenen Möglichkeiten der Erweiterung ihrer Tätigkeit für die NPD. Diese Partei wurde 1964 gegründet. Viele Führungskader waren frühere NSDAP-Mitglieder. Nach den zeitlich begrenzten Wahlerfolgen auf Landesebene Ende der 60er Jahre sank sie in den 70er und 80er Jahren zu lediglich marginaler Bedeutung herab. Der neuerliche Aufstieg der NPD ist mit dem Namen Udo Voigts verbunden, der 1995 neuer Parteichef wurde. Unter Voigts Führung hat die modernisierte neonationalsozialistische Politik⁷ der NPD Erfolg in den neuen Bundesländern erzielt.

Bisherige Versuche einer Vereinigung des rechtsextremen Spektrums haben nur zeitlich begrenzte Ergebnisse gezeitigt. Das wichtigste ist die Zusammenarbeit der NPD mit der DVU im Rahmen des sog. „Deutschland-Paktes“ aus dem Jahr 2005. Es handelt sich um den Verzicht auf konkurrierende Kandidatur bei einzelnen Landtags- und Kommunalwahlen und bei der Bundestagswahl 2005.⁸ *Die Republikaner* lehnen die Zusammenarbeit mit der NPD ab, weil sie langfristig nach „Salonfähigkeit“ streben.⁹

Die weiteren rechtsextremen Parteien sind in Ostdeutschland kaum von Bedeutung bzw. vernachlässigbar. Bei den etablierten Parteien sind rechtsextremistische Tendenzen nicht erkennbar. In den 90er Jahren wurde die Neigung zur rechtsextremen Politik im Zusammenhang mit der konservativen *Deutschen*

6 Vgl. ebd., S. 71.

7 Vgl. Backes, Das ideologisch-programmatische Profil der NPD. In: Backes/Steglich (Hg.), *Die NPD*, S. 301–316.

8 Vgl. Jesse, Wahlen 2005. In: Backes/Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 18, S. 113–127, hier 115.

9 Ebd., S. 126.

Sozialen Union (DSU) diskutiert,¹⁰ doch die rechtsextreme Tendenz ist strittig, und ohnehin blieb dieser Versuch der Gründung eines Pendantes zur bayerischen *Christlich Sozialen Union (CSU)* im südlichen Ostdeutschland Episode.¹¹

2. Position der rechtsextremen Parteien im (ost-)deutschen Parteiensystem

Ein klassisch zu nennendes Parteiensystem konnte sich aufgrund der unterschiedlichen Struktur der sechs ostdeutschen Bundesländer kaum herausbilden. Die rechtsextremistischen Parteien sind im östlichen Deutschland wichtiger als im westlichen. Die DVU hat Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998 (12,9%) und in den Jahren 1999 (5,3%) und 2004 (6,1%) in Brandenburg erzielt, die NPD war bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 (9,2%) und in Mecklenburg-Vorpommern 2006 (7,3%) erfolgreich.¹² Die Republikaner sind in Ostdeutschland schwach und verfügen gegenwärtig über keine parlamentarische Präsenz auf Landesebene.

Wenn NPD und DVU als ein „rechtsextremes Ganzes“ betrachtet werden, kann man von den rechtsextremen Parteien in Ostdeutschland als der „sechsten Kraft“ innerhalb des ostdeutschen Parteienspektrums sprechen (die drei stärksten Parteien sind die *Christlich Demokratische Union [CDU]*, die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands [SPD]* und *Die Linke*, früher *Partei des demokratischen Sozialismus [PDS]*, kleinere Parteien sind *Bündnis 90/Die Grünen* und die *Freie Demokratische Partei [FDP]*).

Auf der gesamtdeutschen Ebene spielen die rechtsextremen Parteien nur eine untergeordnete außerparlamentarische Rolle. Bisher hat keine von diesen Parteien die 5%-Hürde bei Bundestagswahlen überschritten. Bei der Bundestagswahl 2005 erhielten die NPD (auf derer Liste auch DVU-Mitglieder antraten) 1,8%, die Republikaner magere 0,1% der Zweitstimmen. Bei Wahlen zum Europäischen Parlament haben *Die Republikaner* das letzte Mal 1989 eine Parlamentsvertretung erreicht, seitdem waren alle deutschen rechtsextremen Parteien hier ebenfalls erfolglos. 2004 erhielten die NPD 0,9%, *Die Republikaner* 1,9% der Stimmen.

Im deutschen Parteiensystem sind die rechtsextremen Parteien isoliert. Keine der etablierten Parteien hat ein Interesse, mit diesen Parteien zusammenzuarbeiten. Die politische Kultur Deutschlands lehnt – unter anderem wegen der historischen Erfahrungen mit dem Dritten Reich – rechtsextreme Organisationen ab. Alle genannten rechtsextremen Parteien stehen unter Beobachtung des

10 Vgl. Dietzsch/Maegerle, „Runder Tisch“ am Kyffhäuser? http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Runder_Tisch.htm [11. Februar 2008].

11 Vgl. Oberreuter u. a., *Die politischen Parteien in Deutschland*, S. 246 f.

12 Vgl. Mayer, *Die DVU in Brandenburg*. In: Backes/Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 18, S. 154–170, hier 114–155.

Bundesamts für Verfassungsschutz. Der NPD droht permanent ein Verbotsverfahren,¹³ das teilweise auch von den großen deutschen Parteien gefordert wird.

3. Agitationsfelder der (ost-)deutschen rechtsextremistischen Parteien und ihre Verflechtung mit der Gesellschaft

Für die rechtsextremen Parteien in Ostdeutschland sind die wichtigsten politischen Agitationsfelder die Kritik des Establishments und die Anti-Immigrationspolitik. In diesem Kontext wichtig sind auch soziale Fragestellungen, weil die NPD besonders in den wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen erfolgreich ist. Eine klassische „law and order“-Argumentation ist ein weiterer charakteristischer Programmpunkt.

Die rechtsextremen Parteien lehnen die gegenwärtige Einbindung in die Europäische Union ab und fordern eine isolationistische nationale Politik; ein spezifischer Geschichtsrevisionismus in Bezug auf die Zeit des Dritten Reiches ist ein weiteres Charakteristikum der deutschen rechtsextremen Szene. DVU wie NPD sind durchdrungen von einer an die mittelalterliche „Reichsidee“ angelehnten Vorstellung und fordern Grenzveränderungen in diesem Sinne, insbesondere die „Rückgabe“ der in Folge der Potsdamer Konferenz verlorenen Gebiete des Deutschen Reiches, die heute zum Staatsgebiet Polens und der Russischen Föderation gehören. Beide Parteien bedienen sich in ihrer Propaganda auch antisemitischer Stereotype.¹⁴

Weite Teile des deutschen politischen Spektrums, die führenden Medien sowie breite Teile der Öffentlichkeit sind dem rechtsextremistischen Spektrum gegenüber zwar kritisch eingestellt, doch läßt sich zu einzelnen Punkten durchaus auch eine gewisse Zustimmung finden. Besonders die ausländerfeindliche Agitation der rechtsextremen Parteien stößt bei Teilen der deutschen Öffentlichkeit auf positive Resonanz.¹⁵

Die populistische Agitation gegen die sozioökonomischen Reformen teilen die rechtsextremen Parteien mit der *Linken*. Die positive Bewertung der NS-Geschichte dagegen ist stark tabuisiert. Immerhin werden kontroverse Diskussionen mit revisionistischen Ansätzen auch in der politischen Mitte geführt. Insgesamt muss jedoch von einer Isolation des organisierten Rechtsextremismus im deutschen politischen Spektrum gesprochen werden.

So existieren keine wichtigen intermediären Strukturen für die Infiltration des parteipolitischen Rechtsextremismus. Die intellektuellen Kreise der sog. *Neuen Rechten*, die eine größere Nähe zu rechtsextremen Parteien aufweisen,

13 2003 hat das Bundesverfassungsgericht das Verbotsverfahren gegen die NPD wegen Verfahrensfehlern eingestellt.

14 Vgl. Bergmann, Antisemitismus im Rechtsextremismus. In: APuZG, B 42/2005, S. 23-30, hier 25.

15 Vgl. Decker/Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: APuZG, B 42/2005, S. 8-16, hier 13.

werden meist als ein Teil des rechtsextremen Spektrums betrachtet. Bei diesen Kreisen läßt sich nur eine kleine Schnittmenge mit konservativen Positionen finden. Früher haben in Westdeutschland die Veteranenverbände eine wichtige Rolle für die Agitation rechtsextremer Parteien gespielt, doch im gegenwärtigen Ostdeutschland ist dieses Phänomen bedeutungslos. Einen gewisse Rolle spielen lediglich Kontakte zu Vertriebenenverbänden.

4. Beziehungen der rechtsextremistischen Parteien zu militanten Rechtsextremisten

Das militante rechtsextreme Spektrum hat im wiedervereinigten Deutschland eine stabile Basis, besonders in den neuen Bundesländern (die deutsche neonazistische Szene ist allerdings strategisch und organisatorisch vereinigt). In den 90er Jahren haben Mitglieder der Skinhead-Subkultur einen Großteil des militanten Spektrums gestellt, seit Ende der 90er Jahre ist der Zulauf zu den Skinheads jedoch kleiner geworden, da die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe zur weitgehenden Diskreditierung in der Öffentlichkeit führt.

Der neue Organisationsansatz der Militanten verbindet sich mit dem Konzept des „freien Nationalismus“, das auch neue Präsentationsformen beinhaltet (u. a. durch Annäherung des äußeren Erscheinungsbildes an dasjenige des autonomen „Schwarzen Blocks“).¹⁶ Es handelt sich um ein Netzwerk von lokalen oder kommunalen Organisationen, die unter Namen wie „Kameradschaft“, „Nationaler Widerstand“, „Freier Widerstand“, „Freie Nationalisten“, „Autonome Nationalisten“ usw. auftreten und keine zentrale Führung haben.

REP wie DVU lehnen die Unterstützung durch rechtsextreme Militante ab. Aber für den Aufstieg der NPD seit Ende der 90er Jahre war die Zusammenarbeit mit den „freien Strukturen“ sehr wichtig.¹⁷ Als Vermittler dieser Zusammenarbeit diente die Jugendorganisation der NPD, die *Jungen Nationaldemokraten (JN)*. In Sachsen sympathisierten bis zu ihrem Verbot die Mitglieder der äußerst militanten und gewaltbereiten *Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)* mit der NPD.¹⁸ Allerdings hat um die Jahreswende 2008 ein Teil der Parteispitze vor der weiteren Zusammenarbeit mit „freien Nationalisten“ gewarnt, weil diese Kooperation die Verankerung der NPD in der breiten Öffentlichkeit behindert¹⁹ und solche Kontakte zudem zum Verbot der Partei führen können.

16 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, *Autonome Nationalisten*, S. 2.

17 Vgl. Thein, *Der organisatorische Erneuerungsprozess*. In: Backes/Steglich (Hg.), *Die NPD*, S. 211–232, hier 230 f.

18 Vgl. Maegerle, *Rechtsextremistische Gewalt und Terror*. In: Grumke/Wagner (Hg.), *Handbuch Rechtsradikalismus*, S. 159–172, hier 165.

19 Vgl. Röbel/Wassermann, *Rechtsextremismus*. In: *Der Spiegel*, 21. Januar 2008, S. 34–38, hier 38.

5. Position der (ost-)deutschen rechtsextremistischen Parteien innerhalb des transnationalen Spektrums

Die deutschen Rechtsextremisten waren in der Nachkriegszeit an diversen Versuchen überstaatlicher Kooperation der extremen Rechten in Europa beteiligt. In der Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung Deutschlands waren die REP eine der führenden Parteien in der rechtsextremen „Technischen Fraktion der europäischen Rechten“ im Europaparlament.²⁰ Doch seit 1994 haben die deutschen Rechtsextremisten im Europaparlament keine Vertretung mehr.

Der langjährige REP-Vorsitzende und spätere „Einzelkämpfer“ Franz Schönhuber hat sich für die europaweite Zusammenarbeit der nationalistischen Kräfte engagiert (in den letzten Jahren seines Leben besonders über die Zeitschrift *Nation & Europa*, die solche Tendenzen seit langem unterstützt,²¹ allerdings ohne merklichen Erfolg). Schönhuber hat dabei jedoch die Kooperation mit obskuren oder antideutschen Figuren der rechtsextremen Szene Europas abgelehnt, so hat er u. a. den tschechischen Republikaner-Führer Miroslav Sládek heftig kritisiert.²²

Die DVU wurde in diversen Publikationen Ende der 90er Jahre als Mitglied der Organisation *Euronat* geführt, die von Jean-Marie Le Pen 1997 gegründet worden war. Die Einbeziehung der DVU war jedoch schwach. Die *Euronat* selbst hat im neuen Jahrhundert nur eine sehr begrenzte Aktivität entfaltet.²³ Wichtiger waren die bilateralen Beziehungen der DVU mit anderen Parteien, neben dem französischen *Front national* (FN) auch die russische LDPR. Ein interessantes Feld stellt darüber hinaus die Agitation unter den deutschen Minderheiten in Osteuropa dar.²⁴

Die NPD entfaltete in den letzten Jahren Aktivitäten, die der engeren Kooperation der neofaschistischen und neonazistischen Organisationen Europas dienen sollten. Diese Zusammenarbeit wurde auch von Seiten des Partei-Organs *Deutsche Stimme* propagiert. Die NPD ist Mitglied der *Europäischen Nationalfront* (ENF), doch hat die Position der deutschen Neo-Nationalsozialisten zu diversen Punkten der deutschen Geschichte zum Konflikt mit den polnischen Klerikofaschisten der *Nationalen Wiedergeburt Polens* (NOP) geführt. Als Ergeb-

20 Vgl. Fiala/Mareš/Sokol, Eurostrany, S. 174.

21 Vgl. Pfahl-Traughber, Zeitschriftenporträt: *Nation Europa*. In: Backes/Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 12, S. 305–322, hier 313–314.

22 Vgl. Schönhuber, *Abgesang oder Atemholen*. In: *Nation & Europa*, 50 (2000) 1, http://www.nationeuropa.de/heft/beitrag.php3?beitrag=60&NE_Sess=66cd67370c21509-ac12b1dc3132d7017 [12. Februar 2008].

23 Vgl. Fiala/Mareš/Sokol, Eurostrany, S. 180.

24 Vgl. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5635: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/5420 – Rechtsextremistische Aktivitäten in Gebieten mit deutschen Minderheiten in Europa – Verbindungen deutscher Rechtsextremisten zu ausländischen Organisationen, 2001, <http://dip.bundestag.de/btd/14/056/1405635-.pdf>.

nis haben einzelne westslawische Organisationen die ENF verlassen.²⁵ Die ENF stützt sich nun vor allem auf die sogenannte „Achse Berlin-Madrid-Rom“.²⁶

Die NPD hält aber auch stabile Kontakte mit pro-deutschen neonazistischen Organisationen in Osteuropa (in der letzten Zeit sind u. a. Kontakte zwischen regionalen Organisationen der NPD aus Sachsen und tschechischen neonazistischen Kameradschaften bedeutsam). Offen bleibt dagegen die Haltung der drei wichtigsten deutschen rechtsextremen Parteien (REP, DVU, NPD) zum neuen Plan der Integration der europäischen rechtsextremen Parteien in eine neue Europapartei. Einer der Hauptorganisatoren dieser Initiative, der österreichische Europaabgeordnete Andreas Mölzer (FPÖ), hat sich für eine Einbindung auch deutscher Parteien stark gemacht. Doch im Januar 2008 stellte er das Angebot für die Mitgliedschaft der NPD und der DVU in einer solchen vereinigten rechten Europapartei in Frage.²⁷

6. Zusammenfassung

Die Entstehung des modernen ostdeutschen parteipolitischen Rechtsextremismus war zunächst von der Übertragung der Strukturen der westdeutschen Parteien in die neuen Bundesländer geprägt. Die NPD ist eine modernisierte neonazistische Partei, die *Republikaner* stellen den Typus der modernen rechts-populistischen Partei dar und die DVU liegt irgendwo zwischen den beiden Konkurrenzparteien.

Die DVU und besonders die NPD haben sich in der ostdeutschen Parteienlandschaft am Beginn des neuen Jahrhunderts eine bedeutsame Position erkämpft, doch bleibt ihre Rolle innerhalb des gesamtdeutschen Systems marginal. Das zersplitterte rechtsextreme Spektrum dürfte auch langfristig kaum fähig sein, einen Erfolg bei Bundestagswahlen zu erringen, auch wenn eine solche Möglichkeit nicht gänzlich ausgeschlossen erscheint. Der Aufstieg von DVU und NPD in ostdeutschen Bundesländern in den letzten Jahren kann im Kontext der postkommunistischen Transformation gesehen werden. Die beiden Parteien haben demzufolge auch ein gänzlich anderes Profil als die modernen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas, mit denen sie oft verglichen werden.²⁸

Die deutschen rechtsextremen Parteien sind im politischen System sowie innerhalb der Gesellschaft isoliert, obwohl einzelne rechtsextreme Agitationsfelder auch in der Mitte der Gesellschaft thematisiert werden. Die Beziehungen

25 Vgl. Fiala/Mareš/Sokol, Eurostrany, S. 179.

26 Vgl. Grumke, Die Transnationale Infrastruktur. In: Greven/Grumke (Hg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, S. 130–159, hier 135–145.

27 EU-Rechtsaußenpartei soll am 15. 11. starten, http://www.krone.at/index.php?http%3A//wcm.krone.at/krone/S32/object_id__90236/hxcms/kmcom_page__26/index.html [11. Februar 2008].

28 Vgl. Moreau, Die extreme Rechte in Europa. In: Backes/Steglich (Hg.), Die NPD, S. 33–54, hier 53–54.

zu militanten Strukturen und zu „freien Nationalisten“, die besonders für die NPD charakteristisch sind, stellen für die rechtsextremen Parteien gleichzeitig wegen der damit verbundenen Diskreditierung ihrer Verfechter in der Öffentlichkeit ein Problem dar. Die internationale Rolle der deutschen rechtsextremen Parteien ist relativ stark, doch aufgrund der historischen Traditionen des deutschen Rechtsextremismus und der faktischen Position Deutschlands als einer europäischen Macht wie nicht zuletzt auch aufgrund der gegenwärtig geringen Stärke innerhalb des deutschen Parteiensystem auf Bundesebene nur von geringer Bedeutung.

III. Tschechische Republik

1. Rechtsextremistische Parteienlandschaft

Den organisierten Rechtsextremismus im tschechischen Parteiensystem kann man relativ einfach abgrenzen. Die rechtsextremistischen Parteien haben ihre eigene Identität und in der politischen sowie medialen Szene bestehen keine großen Unklarheiten in ihrer Wahrnehmung. Obwohl es mitunter zu zeitweiligen Kontakten sowie zu partiellen Schnittmengen der politischen Thematik zwischen Rechtsextremisten und einzelnen etablierten demokratischen Parteien kommt, sind die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und anderen Teilen des politischen Spektrum relativ klar. Eine Ausnahme stellt die panslawistische und linksnationalistische Strömung dar, von der Teile rechtsextremen Nationalisten nahestehen. In der ausländischen Fachliteratur werden von Zeit zu Zeit die tschechischen konservativen Euroskeptiker den Rechtsextremisten zugeordnet,²⁹ aber diese Bezeichnung erscheint nicht angemessen.

Die tschechischen Rechtsextremisten sind in zwei Lager zersplittert. Der eine Teil kann als nationalistisch bezeichnet werden. Diese Rechtsextremisten orientieren sich am historischen Vorbild der tschechischen nationalen Wiedergeburt aus dem 19. Jahrhundert, der eine anti-deutsche Ausrichtung zueigen war. Innerhalb der Nationalisten sind verschiedene Strömungen erkennbar, die unterschiedlichen historische Traditionen zugeordnet werden können. Einerseits kann man die antiklerikalen Traditionen der Hussitenbewegung des 15. Jahrhundert finden, andererseits die konservativ-katholischen Strukturen. Auch die Traditionen des tschechischen Faschismus der Zwischenkriegszeit mit panslawistischer Orientierung sind im heutigen Tschechien erkennbar.³⁰

Der zweite Teil der rechtsextremistischen Strömungen Tschechiens ist panarisch ausgerichtet. Eine Richtung innerhalb dieser Strömung des tschechischen Neonazismus betont die selbstbewusste Stellung der Tschechen innerhalb der

29 Vgl. Lachauer, *Die dunkle Seite Europas*, S. 96.

30 Vgl. Rataj, *Vize české nacionální politiky*. In: Němec/Šústková (Hg.), *III. Kongres českých politologů*, S. 170–191, hier 174.

„arischen Rasse“,³¹ während die andere sich stark am Vorbild der deutschen nationalsozialistischen Bewegung orientiert. Die Selbstbezeichnung der tschechischen Rechtsextremisten lautet entweder Nationalisten (nach dem deutschen Vorbild auch „autonome Nationalisten“³²) oder Nationalsozialisten.

Zum Begriff „Nationalsozialismus“ ist aber zu bemerken, dass in Tschechien seit dem 19. Jahrhundert auch eine eigene antigermanische, nationalsozialistische, ideologische Strömung existiert, die aus historischer Sicht ein konstitutives Element der tschechischen demokratischen Traditionen darstellt. Nach 1989 wandelten sich viele Nationalsozialisten zu rechtsextremen antigermanischen Nationalisten. Meistens stehen sie heute aber im sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Lager. Bis dato ist die *Tschechische Nationalsozialistische Partei* (*Česká strana národně socialistická – ČSNS*) aktiv, die meistens nicht als rechtsextremistisch betrachtet wird, obwohl sie früher mit einzelnen rechtsextremistischen nationalistischen Organisationen zusammengearbeitet hat.

Die Entstehung des modernen tschechischen Rechtsextremismus zu Beginn der 90er Jahre ist mit der *Versammlung für die Republik – Republikanische Partei der Tschechoslowakei* (*Sdružení pro Republiku – Republikánská strana Československa – SPR-RSČ*) und deren Vorsitzendem Miroslav Sládek verbunden. Sládek hatte Erfolg mit seiner populistischen Rhetorik, mit Kritik am neuen Establishment, mit Antiziganismus, mit antideutschen Reflexen und der Forderung nach internationalem Isolationismus³³ im Kontext der EU- und NATO-Kritik. Er nutzte dabei das Protestpotential der nicht-kommunistischen Wähler während der Transformationsperiode. Doch wegen seiner Primitivität und diverser Finanzskandale büßte er mit seine Partei an Popularität ein. 2001 musste die SPR-RSČ sogar Konkurs anmelden. Der Name der Nachfolgerpartei verdeutlicht die Position des Vorsitzenden – *Miroslav Sládeks Republikaner* (*Republikáni Miroslava Sládka – RMS*). Dieser Name war als Signal für die Wähler gedacht, weil damals viele kleine Splitterparteien und Konkurrenzgruppierungen entstanden. Die Tätigkeit der RMS wurde im Jahr 2008 lückenhafter Finanzberichte unterbunden.

Zu Beginn der 90er Jahre hatte die SPR-RSČ eine dominante und integrative Position innerhalb des rechtsextremen Spektrums. Sládek selbst besaß jedoch keine feste ideologische Verankerung, und innerhalb der Partei wirkten verschiedene ideologische Strömungen. Doch wegen Sládeks Führungsstil sowie anderer Probleme der Partei entstanden durch Abspaltungen neue rechtsextreme Gruppierungen und Parteien.

31 Gemäß diesen Vorstellungen sind Slawen gleichberechtigt mit Germanen und Romanen oder aber die Tschechen werden als eine Mischung aus slawischen, germanischen und keltischen Volksgruppen angesehen.

32 Die tschechischen „autonomen Nationalisten“ nützen Image und Propaganda der deutschen Autonomen Nationalisten, doch manche Organisationen lassen die „linksnationalsozialistischen Traditionen“ der Schwarzen Front außer acht, die die Beziehung zum tschechischen Faschismus der Zwischenkriegszeit prägen.

33 Vgl. Weichsel, Tschechien in Europa, S. 236.

Im Jahr 2002 startete der *Nationalsozialistische Block (Národně-sociální blok - NSB)* – eine Verbindung von militanten Neo-Nationalsozialisten und einer Abspaltung von Sládeks Partei – mit großen Ambitionen. Doch diese Partei, aufgrund von Interventionen des Innenministeriums *Rechte Alternative (Prává alternativa - PA)* genannt, blieb handlungsunfähig.

Als aktivste der rechtsextremistischen Kleinparteien, die im gegenwärtigen Tschechien wirken, kann man die folgenden Vereinigungen nennen: die *Nationale Partei (Národní strana - NS)*, die eine nationalistische Politik mit antideutscher Orientierung verbindet, die *Arbeiterpartei (Dělnická strana - DS)*, die in letzter Zeit enge Kontakte zu autonomen Nationalisten knüpfte, *Recht und Gerechtigkeit (Právo a spravedlnost - PaS)*, die eine ultrakonservative katholische Linie nach polnischem Vorbild fährt sowie die *Nationale Vereinigung (Národní sjednocení - NSj)*, die an die rechtsautoritären Strömungen der Zwischenkriegszeit anknüpft. Die tschechischen Neo-Nationalsozialisten planen, eine eigene Partei nach dem Vorbild der deutschen NPD zu gründen, doch blieben diese Bemühungen bisher ergebnislos. Eine Konkurrenz für traditionelle Rechtsextremisten stellen die neuen nicht-extremistischen rechtspopulistischen Parteien dar, die z. B. dem westlichen Vorbild der *Liste Pim Fortuyn* ähneln, besonders die *Politik 21 (Politika 21)*.³⁴

2. Position der rechtsextremen Parteien im tschechischen Parteiensystem

Das tschechische Parteiensystem ist seit seiner Entstehung nach dem Fall des Kommunismus durch einen Konzentrationsprozess geprägt – zieht man die Zahl der relevanten Parteien in Betracht. Als die Verlierer dieses Prozesses kann man auch die extreme Rechte ansehen. Diese politische Strömung war dank der SPR-RSČ in den Jahren 1992–98 im Parlament vertreten. Die Partei sprach die unzufriedenen nicht-kommunistischen Protestwähler während des Transformationsprozesses an. In den Wahlen von 1992 erhielt sie 5,98%, bei den Wahlen von 1996 8,01%, bei den vorgezogenen Neuwahlen 1998 jedoch nur noch 3,9% der Stimmen, womit die Partei an der Fünfprozenthürde scheiterte. Die Wahlen von 1998 waren sehr wichtig für die Formierung des konsolidierten Parteiensystems.³⁵

Seit dieser Zeit konnte weder die SPR-RSČ noch ihre Nachfolgerpartei RMS, geschweige denn eine andere rechtsextremistische Partei in das tschechische Parlament einziehen. Bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen hat die *Nationalpartei* 0,17% und *Recht und Gerechtigkeit* 0,23% der Stimmen erhalten. Auch

34 Diese Partei arbeitet auf der anti-deutschen und Anti-EU-Basis auch mit den Kommunisten zusammen. Die Vorsitzende von Politik 21, die Europaabgeordnete Jana Bobošíková, war Präsidentschaftskandidatin der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens im Februar 2008.

35 Vgl. Pšeja, *Stranický systém České republiky*, S. 155.

bei Kommunal-, Regional-, Senats- oder Europawahlen konnten diese Parteien keinen Erfolg³⁶ erzielen.³⁷

Die Schwäche des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus beruht unter anderem auf seiner inneren Zersplitterung und den ideologischen sowie persönlichen Streitigkeiten. Der bisher letzte Versuch einer Vereinigung in einer Koalition *Nationaler Kräfte (Národní síly)* überlebte nur wenige Monate.

3. Agitationsfelder der tschechischen rechtsextremistischen Parteien und ihre Verflechtung mit der Gesellschaft

Die Agitationsfelder des tschechischen Rechtsextremismus in der postkommunistischen Ära waren und sind besonders die Kritik des neuen Establishments, eine harte „law and order“-Politik, die Bewahrung traditioneller Werte gegen postmoderne Trends (was im tschechischen allgemein liberalen Milieu nicht so wichtig wie z. B. in Polen ist), der Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit (immer wichtiger in diesem Zusammenhang ist auch die Islamophobie) und entschiedener Euroskeptizismus. Die tschechischen Nationalisten setzen sich heftig-abwehrend mit sudetendeutschen Forderungen auseinander. Ein Teil der Rechtsextremisten betreibt antisemitische Propaganda, wenn auch in nicht sehr effektiver Weise.

Manche dieser Themen stellen nicht nur eine rechtsextremistische Domäne dar. Ein entschiedener Euroskeptizismus und die Ablehnung sudetendeutscher Forderungen sind auch für Teile des konservativen sowie kommunistischen Spektrums typisch, die Propagierung traditioneller Werte und „law and order“-Politik nutzen auch die Konservativen sowie die Christdemokraten. Der neue Vorsitzende der *Christlichdemokratischen Union – Tschechoslowakische Volkspartei* Jiří Čuněk, hat im Jahr 2007 gar antiziganistische Elemente ausgenutzt (unter dem Beifall der Rechtsextremisten), wurde dafür aber vom politisch-medialen Mainstream sowie seiner eigenen Partei kritisiert.³⁸

Trotz der begrenzten Themenüberschneidung sind die tschechischen Rechtsextremisten im politischen Spektrum im wesentlichen isoliert und werden vom Staat beobachtet. Doch kommt es zu begrenzten Kontakten mit anderen politischen Strömungen. Großes mediales Echo löste z. B. das Treffen der Vorsitzenden der *Nationalpartei* Petra Edelmannová mit dem Vorsitzenden der *Bürgerlichen Demokratischen Partei* Mirek Topolánek im Jahr 2005 aus. Es begründete

36 Bei den Wahlen zum EU-Parlament 2004 kandidierte die NS gemeinsam mit der ČSNS.

37 Vgl. Kyloušek/ Smolík, *Národní strana*. In: *Středoevropské politické studie*, VIII (2006) 1, S. 76–93, hier 90–91, <http://www.cepsr.com/dwnld/kylsmol106.pdf> [25. Februar 2008]; Pink/Smolík, *Komunální volby*. In: *Středoevropské politické studie*, IX (2007) 1, S. 74–96, hier 92, <http://www.cepsr.com/dwnld/pinkkscl07.pdf> [25. Februar 2008].

38 Vgl. Gehrold/Hansel/Kruse, *Christlichdemokratischer Vizepremier Cunek bestechlich?* In: *Politischer Bericht Tschechien*, S. 5, http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_10898_1.pdf [23. Februar 2008].

jedoch keine langfristige Zusammenarbeit. Heftig kritisiert wurde auch der sozialdemokratische Abgeordnete und frühere Innenminister František Bublan, der Anfang 2008 an informellen Treffen mit Mitgliedern der *Nationalgarde* teilnahm. Er distanzierte sich jedoch von den Zielen der Rechtsextremisten.³⁹

Rechtsextremisten haben sich gemeinsam mit anderen EU-Gegnern an verschiedenen breit angelegten Kampagnen gegen die EU beteiligt. Panslawistische Aktionen (besonders für die Unterstützung Serbiens) näherten sie den Linksextremisten an. Andererseits führten die tschechischen Rechtsextremisten während der Proteste gegen den Bau einer US-Radareinrichtung im Rahmen der *Nationalen Raketenabwehr (NMD)* ihre Kampagne unabhängig von jener der linken Gegner dieses Projektes. Begrenzte Kontakte unterhalten die katholischen Rechtsextremisten mit konservativen Kreisen der römisch-katholischen Kirche. Ein Teil der Rechtsextremisten versucht auch mit konservativen Agrarkreisen zusammenzuarbeiten, die aber relativ schwach sind.⁴⁰

4. Beziehungen der rechtsextremistischen Parteien zu militanten Rechtsextremisten

Die tschechische rechtsextremistische militante Szene war seit Ende der 80er Jahre eng mit der rassistischen Skinhead-Subkultur verbunden, deren innerer Zustand eine Kopie der Strömungen des tschechischen Rechtsextremismus bildet. Die Skinheads unterstützten in den 90er Jahren oft die SPR-RSČ. Mit den Skinheads, paradoxerweise auch neonazistischer Orientierung (was in merkwürdigem Kontrast zu Sládeks antideutscher Rhetorik steht), war besonders die *Republikanische Jugend* in manchen Regionen verflochten. Diese Jugendorganisation der SPR-RSČ wurde im Jahr 2002 verboten. Die SPR-RSČ wurde auch durch Gewaltexzesse Miroslav Sládeks und seiner Bodyguards bekannt, wobei die Gewalttätigkeit aber nicht in direkter Verbindung zum militanten Spektrum stand.

Die Post-Skinhead-Aktivist*innen haben seit Mitte der 90er Jahre diverse Vereine und Kleinparteien gegründet, die auch die vorhandene Mitgliederbasis der Skinheads nutzten. Diese haben aber die Gewaltaktionen nicht organisiert. Heute wird besonders in der rechtsextremen Szene am deutschen Vorbild orientiert gefordert, dass die gesellschaftlich diskreditierten Skinheads ihr Gewaltimage ablegen und dies gegen das deutlich neutralere Aussehen der „Freien Kameradschaften“ bzw. der „autonomen Nationalisten“ tauschen. Mit den „autonomen Nationalisten“ arbeitet gegenwärtig besonders die Arbeiterpartei zusammen.

In den letzten Jahren ist in Tschechien auch ein ostmitteleuropäischer Trend erkennbar – die offene Propagierung parteigebundener paramilitärischer Ein-

39 Vgl. Ryšavý/Bublan, Legitimizují schůzky s extrémisty zbytečně jejich hnutí? Literární noviny, Nr. 5, 2008, S. 14, <http://www.literarky.cz/?p=clanek&id=4918> [23. Februar 2008].

40 Vgl. Mareš/Pšeja, Agrarian and Peasant Parties, S. 9

heiten. Die *Nationalpartei* hat 2007 die *Nationale Garde* (*Národní garda - NG*) gegründet, die *Arbeiterpartei Schutztruppen der Arbeiterpartei* (*Ochranné sbory Dělnické strany - OS DS*) ins Leben gerufen. Beide Organisationen behaupten, sie seien nicht mit Schusswaffen ausgerüstet (das ist in Tschechien illegal) und sie agierten nur zum Schutz der Parteimitglieder, zur Katastrophenhilfe sowie zur Kriminalitätsprävention innerhalb gesetzlicher Grenzen. Doch die vigilantistischen Tendenzen werden von den tschechischen Sicherheitsorganen sowie antirassistischen Organisationen mit Sorgen beobachtet.

5. Position der tschechischen rechtsextremistischen Parteien innerhalb des transnationalen Spektrums

Die tschechischen Rechtsextremisten sind in der internationalen rechtsextremen Szene aktiv, spielen aber wegen der innerstaatlichen Schwäche sowie der geringen Größe Tschechiens nur eine untergeordnete Rolle. Die internationalen Kontakte der SPR-RSČ/RMS waren besonders in Richtung auf Le Pens FN orientiert, die tschechischen *Republikaner* in die *Euronat* eingebunden.

Die SPR-RSČ/RMS unterhielt freundschaftliche Beziehungen mit der LDPR in Russland. Sládek besuchte im Jahr 1991 seinen deutschen Kollegen Franz Schönhuber, doch nach einem Streit beider Politiker, in dessen Verlauf Sládek seine heftige antideutsche Rhetorik entfaltete, wurde eine engere Zusammenarbeit mit deutschen Parteien verhindert.

Die *Nationalpartei* hat innerhalb der internationalen Szene die engsten Kontakte zum euroskeptischen Netzwerk *The European Alliance of EU-Critical Movements (TEAM)*. Im Jahr 2003 organisierte die NS die TEAM-Konferenz in Prag. In letzter Zeit beteiligt sich die NS auch an den europäischen islamophoben Aktivitäten. Die NS pflegt Beziehungen mit skandinavischen rechtspopulistischen Parteien (u. a. mit der *National Demokraterna*⁴¹) und mit der *Slowakischen Nationaljugend*, der Jugendorganisation der *Slowakischen Nationalpartei*.

Die *Partei Nationale Vereinigung* war Mitglied der *Europäischen Nationalfront*, wo sie ihre Mitgliedschaft *quasi* von der nichtregistrierten klerofaschistischen *Bewegung der Nationalen Wiedervereinigung* (*Hnutí národního sjednocení - HNS*) geerbt hat. Doch nach den erwähnten deutsch-polnischen Streitigkeiten wurde die Aktivität der NSj in der ENF mindestens für eine gewisse Zeit gestoppt. Freundliche Beziehungen pflegt die NSj besonders mit der polnischen NOP (siehe unten).

Die tschechischen Neonationalsozialisten, besonders aus der nicht registrierten Organisation *Nationaler Widerstand* (*Národní odpor - NO*), haben seit Ende der 90er Jahre Beziehungen zur JN und NPD und zu den mit dieser Partei ver-

41 Vgl. *Národní strana, National Demokraterna a Národní strana - Stockholm, únor 08*, http://www.narodni-strana.cz/clanek.php?id_clanku=2665 [23. Februar 2008].

flochtenen Freien Kameradschaften in Deutschland, besonders in Sachsen.⁴² Sie erhoffen sich Inspiration für ein eigenes erfolgreiches neonazistisches Parteienprojekt.

6. Zusammenfassung

Das tschechische rechtsextremistische Parteienspektrum ist seit dem Untergang der SPR-RSČ Ende der 90er Jahre zersplittert, und keine der vielen rechtsextremen Kleinparteien hat Wahlerfolge erzielt. Als aktivste Vereinigung tritt gegenwärtig die *Nationalpartei* auf, aber große Ambitionen haben auch andere Parteien. Hauptfelder der politischen Agitation des tschechischen Rechtsextremismus sind besonders Antisystem-Kritik, Antiziganismus und „law and order“-Politik, die auch zu vigilantistischen Propaganda-Aktivitäten führt. Doch die Rechtsextremisten in Tschechien verfügen nur über schwach ausgeprägte historische Traditionen und keine stabile Wählerschaft. Andererseits nennen sie eine kleine, aber aktive Mitgliederbasis ihr Eigen, sie sind auf der internationalen Ebene aktiv und oft in den Massenmedien präsent. Als Anti-System-Strömung könnten rechtsextremistische Parteien, besonders in Zeiten sozialer Krise, eine bedeutendere Position innerhalb des Systems erlangen, wenn sie organisatorisch und strategisch konsistenter auftreten und sich programmatisch modernisieren.

IV. Polen

1. Rechtsextremistische Parteienlandschaft

Der parteipolitische Rechtsextremismus ist im gegenwärtigen Polen relativ schwer abzugrenzen. Die Überschneidung zwischen konservativer und rechtsextremer Politik führt zu widerstreitenden politikwissenschaftlichen Bewertungen dieses Phänomens. Einerseits wird fast das gesamte polnische konservative Parteienspektrum als rechtsextremistisch betrachtet,⁴³ andererseits sehen einzelne Autoren in Polen keine wichtigen Vertreter der rechtsextremen Parteienfamilie, weil nur einzelne rechtsextreme Elemente erkennbar seien.⁴⁴

Bei der Betrachtung der polnischen politischen Kultur ist zu berücksichtigen, dass die Traditionen der rechtsautoritären Politik des Piłsudski-Regimes eine überwiegend positive Bewertung im nationalen Bewusstsein erfahren. Eine star-

42 Vgl. *Národní odpor*, Vzpomínkový pochod Drážďanami, jednání s NPD a mnohem více, <http://www.odpor.org/index.php?page=clanky&kat=&clanek=765> [22. Februar 2008].

43 Vgl. Lachauer, *Die dunkle Seite Europas*, S. 78 f.

44 Vgl. Dančák, *Republika Polsko*. In: Fiala u. a. (Hg.), *Politické strany ve střední a východní Evropě*, S. 306.

ke Präsenz national-katholischer Elemente⁴⁵ determiniert rechtsextreme Tendenzen im konservativen Lager, doch wirklich organisierte rechtsextremistische Kräfte (mit eindeutig antikonstitutioneller und antidemokratischer Richtung) haben nur begrenzten Einfluss in Polen.

Als nicht-rechtsextremistisch im Sinne der Gruppierung in Parteienfamilien werden in diesem Beitrag die polnischen konservativen Parteien angesehen, obwohl man in ihrer Politik starke nationalistische Elemente finden kann.⁴⁶ Im Kontext der polnischen politischen Kultur wäre es nicht angemessen, *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość - PiS)* als einen Teil des rechtsextremistischen Spektrums zu betrachten.

Die eindeutig rechtsextremistischen kleinen Parteien wurden schon zu Beginn der 90er Jahre gegründet. Die *Polnische Nationale Gemeinschaft (Polską Wspólnotę Narodową - PWN)* unter Führung von Bolesław Tejkowski, hat sich gegen das neue Establishment der Bewegung *Solidarität (Solidarność)* etabliert und sich dabei antikommunistisch und antisemitisch profiliert.⁴⁷ Andere kleinere rechtsextreme Gruppierungen waren oder sind die *Polnische Nationalfront (Polski Front Narodowy - PFN)*, die *Nationale Partei (Stronnictwo Narodowe - SN)*⁴⁸ und die Partei *Nationale Rechte (Prawica Narodowa - PN)*, deren Vorbild der französische FN ist.⁴⁹

Zum „harten Extremismus“ gehört die (neo-)klerikofaschistische Partei *Nationale Wiedergeburt Polens (Narodowe Odrodzenie Polski - NOP)*. Die NOP wurde 1981 gegründet und 1992 als politische Partei registriert. Sie bildet bis heute ein Sammelbecken für traditionelle neofaschistische Rechtsextremisten mit starker Affinität zum konservativen Christentum und Antisemitismus.⁵⁰

Einfluss gewannen in den letzten Jahren besonders zwei Parteien mit rechts-extremem Profil, die zu breiteren politischen Strömungen der polnischen Politik gehören. Aus dem autoritären katholisch-konservativen Teil des polnischen Parteienspektrums entstand im Jahr 2001 die *Liga der polnischen Familien (LPR)*. Diese Partei hat an die Traditionen der polnischen rechtsextremen Strömungen der Zwischenkriegszeit angeknüpft. Die LPR prägt die ultrakonservative, antieuropäisch und antiliberal ausgerichtete katholische Politik. Wegen

45 Vgl. Holzer, Polen und Europa, S. 144 f.

46 Umstritten ist die Charakterisierung der Konföderation des Unabhängigen Polens (*Konfederacja Polski Niepodległej - KPN*) aus den 90er Jahren. Diese Partei wird oft als rechtsextremistisch betrachtet, doch sieht sie z. B. der tschechische Politologe Michal Kubát außerhalb üblicher politologischer Muster. Kubát, *Polská politická scéna problém nacionalismu*. In: Dančák/Fiala (Hg.), *Nacionalistické politické strany v Evropě*, S. 92–109, hier 101.

47 Vgl. Ost, *The Radical Right in Poland*. In: Ramet (Hg.), *The Radical Right in Central and Eastern Europe*, S. 85–107, hier 93–94.

48 Ebd., S. 94–95.

49 Vgl. Balsler/Foxmann, *Poland*, S. 20, <http://www.adl.org/international/PolandDemocracyandExtremism.pdf> [13. Februar 2008].

50 Grün/Stankiewicz, *Spielarten des polnischen Rechtsradikalismus*. In: Minkenberg/Sucker/Wenninger (Hg.), *Radikale Rechte und Fremdfeindlichkeit in Deutschland und Polen*, S. 170–199, hier 179 f.

generell intoleranter Politik⁵¹ (einschließlich antisemitischer Exzesse⁵²) gehört die LPR der rechtsextremen Parteienfamilie an, wo sie einen Subtypus der ultrakonservativ-autoritären Partei mit christlicher Orientierung bildet.

Als weiterer Repräsentant der rechtsextremen Parteienfamilie wird in der Fachliteratur oft die Partei *Selbstverteidigung der Polnischen Republik* (*Samoobrona Rzeczypospolitej Polskiej*) bezeichnet. Einzelne Autoren sprechen über diese Partei im Kontext der Agrarfamilie⁵³ oder heben die linkspopulistischen Elemente innerhalb der Programmatik der Partei hervor.⁵⁴ Doch ist die Eingliederung in den Kreis der extremen Rechten zutreffender. Im Vergleich mit der LPR ist es wichtig zu betonen, dass die *Samoobrona* nicht mit der katholischen Kirche verflochten ist. Vielmehr hat sie sich auch antikirchlicher Rhetorik bedient.⁵⁵

Die Partei entstand im Jahr 1992 als parteipolitischer Arm des radikalen *Gewerkschaftsagrarbundes Selbstverteidigung* (*Związek Zawodowy Rolnictwa Samoobrona*). Unter der Führung Andrzej Leppers hat sie sich aber einem breiteren Spektrum von Interessen geöffnet. Die *Samoobrona* hat ein extrem populistisches und nationalistisches Profil angenommen. Andererseits besitzt sie kein geschlossenes ideologisches Weltbild.⁵⁶ Die *Samoobrona* kann man heute als eine spezifisch rechtsextreme Partei mit Agrarwurzeln charakterisieren, deren Identität Elemente von rechtsextremen Protestparteien aus dem postkommunistischem Raum beinhaltet, die gegen die Folgen der sozioökonomischen Transformation protestiert haben. In jüngster Zeit hat sie Züge einer modernisierten rechtspopulistischen antieuropäischen Partei „westlicher Prägung“ angenommen.

2. Position der rechtsextremen Parteien im polnischen Parteiensystem

Der parteipolitisch organisierte Rechtsextremismus in Polen hat seine Position während verschiedener Phasen der Entwicklung des Parteiensystems grundsätzlich verändert. Für das polnische Parteiensystem ist allgemein eine relative Instabilität typisch, mindestens im Sinne der Permutationen von Repräsentanten einzelner politischer Strömungen und ihrer Stärke bei Wahlen. Auch die Stabilität der Regierungskoalitionen ist gering.

Die rechtsextremistischen Parteien waren während der 90er Jahre von nicht allzu großer Bedeutung; meistens wirkten sie im außerparlamentarischen Raum. Begrenzte Erfolge hat nur die PN als Mitglied der breiten rechten *Wahlkoalition*

51 Vgl. Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz, S. 120–123.

52 Vgl. Balsler/Foxmann, Poland, S. 10–11.

53 Vgl. Dančák, Republika Polsko, S. 307 f.

54 Vgl. Breindl, Sebeobrana a Liga polských rodin, Středoevropské politické studie, V (2003) 4, <http://www.cepsr.com/clanek.php?ID=182> [13. Februar 2008].

55 Vgl. Pankowski/Kornak, Poland. In: Mudde (Hg.), Racist Extremism in Central and Eastern Europe, S. 156–183, hier 160.

56 Vgl. Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz, S. 119.

Solidarität (*Akcja Wyborcza Solidarność* – AWS) erzielt (der Vorsitzende der Partei Krzysztof Kawęcki war in den Jahren 2000/2001 Bildungsminister). In dieser Koalition der rechten Mitte, die bei den Wahlen 1997 33,83% der Stimmen erhielt, waren auch verschiedene ultrakonservative nationalistische Personen und Gruppierungen aktiv. Doch konnten sie nur geringen Einfluss geltend machen.

Erst die Wahlen von 2001 haben eine neue Ära in der Entwicklung der polnischen extremen Rechten eingeleitet. Während die *Samoobrona* im Jahr 1997 nur 0,08% der Stimmen erzielte, konnte sie ihren Stimmenanteil im Jahr 2001 auf 8,98% ausbauen und damit erstmals ins Parlament einziehen. Die LPR erzielte 2001 7,87% der Stimmen. Beide Parteien nutzten ihre Oppositionsrolle gegen die linke Regierung zum weiteren Ausbau ihrer Position. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 konnte die *Samoobrona* 11% (6 Mandate) und die LPR 16% (10 Mandate) erzielen; die LPR stellte damit die zweitgrößte polnische Fraktion im EU-Parlament.⁵⁷

Ihren bisher größten Erfolg konnten *Samoobrona* (11,41%) und LPR (7,97%) bei den Wahlen von 2005 erreichen. Beide Parteien traten im Mai 2006 in die Regierungskoalition mit der konservativen PiS ein. Das Bündnis hielt allerdings nur bis zum August 2007, als es an zahlreichen inneren Konflikten zerbrach. Die Unfähigkeit beider Parteien, die ihnen übertragene Regierungsverantwortung auszuüben, sowie verschiedene Skandale führten schließlich zum Verlust der Wählergunst. In den vorgezogenen Neuwahlen des Jahres 2007 konnte die *Samoobrona* nur noch 1,53%, die LPR noch lediglich 1,30% der Stimmen erringen. Auch andere rechtsextreme Parteien waren bei diesen Wahlen erfolglos. Die Zukunft der extremen Rechten in Polen bleibt damit einstweilen offen. Die bisherigen Parteien oder deren Nachfolger gleicher ideologischer Orientierung verfügen trotz des Debakels vom Jahr 2007 weiterhin über ein bestimmtes Wählerpotential (besonders die nationalistisch-katholischen LPR-Wähler),⁵⁸ wahren damit ihre Chancen auf eine Rückkehr in den Sejm sowie auf eine Wiederholung der Erfolge bei den Wahlen zum EU-Parlament.

3. Agitationsfelder der polnischen rechtsextremistischen Parteien und ihre Verflechtung mit der Gesellschaft

Die beiden wichtigsten polnischen Parteien richten ihr Augenmerk auf unterschiedliche Kernpunkte der politischen Agitation. Bei der LPR sind dies die ultrakonservativen politischen Werte, bei der *Samoobrona* ist es ein ausgeprägter wirtschaftschauvinistischer und ethnozentrischer Populismus.⁵⁹ Die Gemeinsamkeiten bestehen im polnischen Nationalismus, einem entschiedenen Euroskep-

57 Vgl. Havlík, Euroskepticismus. In: Global Politics, 2004, <http://www.globalpolitics.cz/clanek/euroskepticismus-EP-2004.html> [13. Februar 2008].

58 Vgl. Koubek, *Analýza polských parlamentních*, *Člověk*, č. 9, 2007, S. 1–49, hier 6.

59 Siehe Grün/Stankiewicz, *Spielarten des polnischen Rechtsradikalismus*, S. 42.

tizismus⁶⁰ (der auch mit antideutschen Reflexen verflochten ist) sowie Antipluralismus.

In extremsten Formen und in Verbindung mit faschistisch-korporativen Ideen sind diese Elemente auch in der Politik der NOP zu finden. LPR und NOP nutzten wiederholt auch antisemitische Agitation, was mit dem latenten Antisemitismus in einem Teil der polnischen Gesellschaft zusammenhängt. Allerdings sollte man antisemitische Tendenzen in Polen jedoch nicht überdramatisieren, da dieses Phänomen nicht im gesamten politischen Spektrum vorzufinden ist.⁶¹

Die extreme Rechte polnischer Provenienz hat innerhalb des politischen Systems Koalitionsfähigkeit mit konservativen Parteien gezeigt, obwohl diese Zusammenarbeit auch zur Instabilität der Regierung sowie zur Diskreditierung Polens auf internationaler Ebene geführt hat. LPR wie *Samoobrona* haben nach ihrer Regierungsbeteiligung erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Die NOP und andere neofaschistische Gruppierungen blieben jedoch aus dem Lager der bündnisfähigen Organisationen ausgeschlossen.

Samoobrona und LPR versuchen die Gesellschaft mittels spezifischer intermediärer Strukturen zu infiltrieren. Bei der *Samoobrona* handelt es sich hier um den schon oben erwähnten *Bauernbund* und um eine Jugendorganisation. Größeren Einfluss haben die Verbündeten der LPR, besonders der Radiosender *Radio Maryja*, der seit langem einen ideologischen Hintergrund für die nationalistisch-katholische Strömung der polnischen Politik bildet.⁶² Zur LPR ist als Jugendorganisation die *Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska - MW)* hinzugegetreten, die als eine eigenständige Organisation schon im Jahr 1989 entstand.⁶³

4. Beziehungen der rechtsextremistischen Parteien zu militanten Rechextremisten

In Polen entstand eine relativ starke militante rechtsextremistische Szene, die mit verschiedenen Jugendsubkulturen verflochten ist (Skinheads, Hooligans, Pagan Metal). Die polnischen rechtsextremen Militanten sind durch die Trennlinien Katholizismus/ panslawisches Heidentum und polnischer slawischer Nationalismus mit anti-deutscher Orientierung/ panarische Zusammenarbeit getrennt.

Die Beziehungen der polnischen rechtsextremistischen Parteien zum militanten Spektrum haben ihre Wurzeln schon in der 90er Jahren, als Skinheads begannen, mit parteipolitischen Gruppierungen zusammenzuarbeiten. Die verschiedenen rechtsextremen Kleinparteien sind bis heute in der militanten Sze-

60 Vgl. Hloušek/Kopeček, *Konfliktní demokracie*, S. 186.

61 Vgl. Kubát, *Polská politická*, S. 97.

62 Vgl. Grün/Stankiewicz, *Spielarten des polnischen Rechtsradikalismus*, S. 184 f.

63 Vgl. Pankowski/Kornak, *Poland*, S. 166.

ne stark verankert, was besonders für die NOP gilt. Diese hat auch paramilitärische Übungslager organisiert.⁶⁴

Gewaltexzesse sind auch mit der *Allpolnischen Jugend* verbunden, die mit der katholischen Skinheadszene verflochten ist. Mitglieder dieser Organisation haben wiederholt Teilnehmer schwul/lesbischer Aktionen, Demonstrationen religiöser Minderheiten oder Linksextremisten attackiert.⁶⁵ Die *Samoobrona* unterhält keine starken Verbindungen in die militante Szene;⁶⁶ sie hat mit assoziierten Organisationen aber viele eigene radikale Protestaktionen durchgeführt.⁶⁷

5. Position der polnischen rechtsextremistischen Parteien innerhalb des transnationalen Spektrums

Die polnischen Rechtsextremisten haben wegen der Rolle Polens auf dem europäischen Parkett sowie wegen der eigenen Stärke im heimischen politischen Spektrum auch eine wichtige Position innerhalb der internationalen rechtsextremen Szene inne. Sie ist indes wegen der spezifischen Ausrichtung des polnischen Nationalismus (antideutsch, antirussisch, antieuropäisch) sehr kompliziert.

Die schwache Position der polnischen parteipolitischer Rechtsextremisten in den 90er Jahren isolierte die führenden polnischen Rechtsextremisten von den anderen europäischen extremen Rechten.⁶⁸ Doch nach dem EU-Beitritt Polens und nach dem Erfolg bei den Wahlen zum EU-Parlament im Jahr 2004 wurde besonders die LPR zu einem attraktiven Partner.

Wegen ihrer kompromisslosen nationalistischen Haltung und möglicherweise auch aus Angst vor einer Diskreditierung der Partei in der polnischen Öffentlichkeit beteiligte sich die LPR nicht an der Tätigkeit der Fraktion ITS im Jahr 2007 im Europaparlament (obwohl der österreichische FPÖ Abgeordnete Andreas Mölzer der LPR angeboten hatte, die ITS könne die Oder-Neiße-Grenze anerkennen⁶⁹).

Die weitere Zusammenarbeit im Rahmen der geplanten *Europäischen Freien Partei* steht den polnischen Rechtsextremisten wahrscheinlich offen, doch stehen derzeit keine Informationen zu diesem Komplex zur Verfügung. Die Abgeordneten der LPR sind gegenwärtig Mitglieder in der euroskeptischen Fraktion

64 Vgl. ebd., S. 162.

65 Vgl. ebd., S. 166.

66 Eine Ausnahme ist die Kooperation mit Mitgliedern der heidischen Vereinigung zur Förderung der Traditionen und der Kultur Niklot, die mit der skinhead- und national socialist black metal Subkultur verflochten ist (*Stowarzyszenie na rzecz Tradycji i Kultury Niklot*). Vgl. Pankowski/Kornak, Poland, S. 166 f.

67 Vgl. Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz, S. 110 f.

68 Nur die bereits oben erwähnte PN hatte bilaterale Kontakte zu Le Pens FN. Mit dem FN hatte im Jahr 2001 auch die kleine Alternative Arbeitspartei (*Alternatywa Partia Pracy - APP*) zusammengearbeitet. Vgl. Pankowski/Kornak, Poland, S. 164.

69 Vgl. Fiala/Mareš/Sokol, Eurostrany, S. 178.

Unabhängigkeit/Demokratie oder fraktionslos, die Abgeordneten der *Samoobrona* sind Mitglieder der konservativ-rechtspopulistischen Fraktion *Union für ein Europa der Nationen*.

Die NOP wurde schon Ende der 90er Jahre in der neofaschistischen *International Third Position* aktiv, die besonders von den italienischen Extremisten der *Fuorza Nuova* und vom britischen Aktivistin Derek Holland organisiert wurde. Auf der Basis der ITP entstand im Jahr 2003 auch die *Europäische Nationalfront*, wo die NOP zuerst eine wichtige Rolle spielte; 2003 regten die Polen die Entstehung der *Mittel- und Osteuropäischen Konferenz* der ENF an. Doch nach den bereits erwähnten Konflikten mit der NPD hat die Aktivität der NOP innerhalb der ENF abgenommen.⁷⁰

Spezifische internationale Beziehungen pflegt die kleine PWN. Diese Organisation fördert die panslawische Zusammenarbeit (was in Polen wegen häufiger antirussischer Haltungen nicht üblich ist). Die PWN engagiert sich bei den Aktionen des *Internationalen slawischen Ausschusses*, obwohl Mitgliedsorganisationen aus anderen Ländern oftmals kommunistisch orientiert sind.

6. Zusammenfassung

Parteilichter Extremismus hat in Polen im neuen Jahrtausend eine relativ wichtige Position errungen, obwohl nach den Wahlen von 2007 keine rechtsextremistische Partei mehr im Parlament vertreten ist. Die Trennlinie zwischen der rechtsextremen und der konservativen Parteienfamilie ist in Polen schwer zu ziehen. Das gegenwärtige polnische rechtsextremistische Parteienspektrum ist generell durch die Präsenz zweier größerer relevanter rechtsextremer Parteien charakteristisch – der LPR und der *Samoobrona*. Die erste gehört zum autoritär-christlich-konservativen Teil der extrem rechten Parteienfamilie, die zweite zum spezifisch populistischen, ethnozentrischen Teil. Den Rest des parteiförmig organisierten Rechtsextremismus bilden die kleinen, häufig obskuren Gruppierungen, die meistens Kontakte zur militanten Szene unterhalten. Die polnischen Rechtsextremisten haben auch Gewicht auf internationaler Ebene, doch wegen der spezifischen Ausrichtung des polnischen Nationalismus sind sie für manchen europäischen rechtsextremen Akteur ein problematischer Partner.

70 Vgl. Fiala/Mareš/Sokol, Eurostrany, S. 178 f.

V. Russland

1. Rechtsextremistische Parteienlandschaft

Eine Definition der rechtsextremistischen Parteien in Russland ist aus zwei Gründen schwierig. Erstens vermischen manche Organisationen links- und rechtsextremistische Elemente (u. a. wegen der Verbindungen des extremen russischen Nationalismus und Imperialismus mit bolschewistischen und sowjetischen Traditionen).⁷¹ Zweitens waren, besonders in der Amtszeit Wladimir Putins, einzelne Parteien eng mit dem autoritären Regime verbunden; daher werden sie oft nicht als extremistisch wahrgenommen. Traditionelle Parteitypologien sind auf Russland nur eingeschränkt anwendbar.⁷²

Trotz dieser Tatsachen ist es möglich, rechtsextreme Strömungen in Russland zu identifizieren. Die rechtsextreme Identität verbindet sich in Russland meist mit extremem Nationalismus, mit offen zur Schau getragenen imperial-territorialen Ansprüchen und oft auch mit extremistischen Traditionen. Wichtig ist bei der Analyse auch die allgemeine politische, mediale und wissenschaftliche Wahrnehmung.

Der gegenwärtige organisierte Rechtsextremismus in Russland hat seine Wurzeln in der *Nationalpatriotischen Front „Pamyat“* (*Национально-патриотический фронт „Память“* – *Nationalpatriotische Front „Gedächtnis“*), die schon Mitte der 80er Jahre gegründet und wahrscheinlich vom KGB zumindest teilweise gelenkt wurde.⁷³ Die *Pamyat* hat ihre Existenz bereits im Jahr 1990 wegen innerer Streitigkeiten faktisch beendet, doch existieren diverse Ableger weiter. Wichtiger als diese Gruppen ist jedoch, dass die ideologische Mischung von Zarismus, Nationalismus, Antisemitismus etc. im russischen politischen Spektrum weiterlebt.⁷⁴ Sie wurde auch von kleinen faschistischen Kreisen aus der russischen Emigration gestärkt.

Der moderne russische Rechtsextremismus hat aber neue Wege gefunden. Zur wichtigsten rechtsextremistischen Partei entwickelte sich die *Liberal Demokratische Partei Russlands* (*Либерально-Демократическая партия России* – *LDPR*), die im Jahr 1989 gegründet wurde. Die relativ erfolgreiche Geschichte dieser Partei ist eng mit ihrem Vorsitzenden Vladimir Žirinovskij verbunden. Die ursprünglich ernstgemeinte liberale Orientierung wurde schnell durch eine rechtsextremistische Identität ersetzt; das Wort „liberal“ spielt für die Charakteristik der Partei keine Rolle mehr.

Die ideologischen Merkmale der LDPR sind nationalistischer Populismus und ökonomischer Protektionismus. Tom Thieme zufolge ähnelt die LDPR den

71 Starke nationalistische Elemente kann man auch bei der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation finden. Vgl. Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz, S. 188.

72 Vgl. Holzer, *Politické strany Ruska*, S. 79.

73 Vgl. ebd., S. 82.

74 Vgl. ebd., S. 227.

populistischen „law and order“-Parteien Ostmitteleuropas.⁷⁵ Doch für Žirinovskij ist auch Imperialismus⁷⁶ typisch, besonders im Sinne der Expansion Russlands nach „Süden“, d. h. in Richtung des Indischen Ozeans.

Im Russland der 90er Jahre entstanden auch verschiedene rechtsextreme Kleingruppierungen, die zwar um politische Macht kämpften, aber keine echte Wählerbasis gewonnen haben. Die mitgliederstärkste war die *Russische Nationale Einheit* (*Русское Национальное Единство – RNE*), die eine offen rassistische und gewalttätige Politik propagierte. Die RNE hat sich dabei als eine paramilitärische faschistische Organisation profiliert.⁷⁷ Wegen innerer Streitigkeiten hat sie sich 2000/2001 in mehrere Nachfolgerorganisationen aufgespalten, die bis heute existieren.⁷⁸ Im heutigen Russland kann man viele weitere Kleingruppierungen finden.⁷⁹ Eine immer wichtigere Rolle spielt dabei die *Bewegung gegen illegale Immigration* (*Движение против нелегальной иммиграции – DPNI*),⁸⁰ die auch politische Ambitionen verfolgt.

Eine weitere Gruppierung, die seit den 90er Jahren viel Aufmerksamkeit und eine relativ stabile Mitgliederbasis, doch wenig Wähler gewonnen hat, ist die *Nationalbolschewistische Partei Russlands* (*Национал-большевистская партия – NBP*) unter der Führung von Eduard Limonov. Diese Partei kombiniert die bolschewistische mit einer extrem rechten Politik.⁸¹ Im Jahr 2007 wurde sie als extremistische Organisation eingestuft und verboten, nachdem sie sich als gewalttätiger Gegner der Putin-Anhänger profiliert hatte. Die NBP trat 2007 in die ideologisch zersplitterte Anti-Kreml-Koalition *Anderes Russland* (*Другая Россия*) ein, deren wichtigstes Aushängeschild der ehemalige Schachweltmeister Garri Kasparov ist. In Russland kann man aber auch weitere nationalbolschewistische Organisationen finden, wie z. B. die von der NBP abgespaltene *Nationalbolschewistische Front* (*Национал-большевистский фронт – NBF*).

Als relativ neue Erscheinung des russischen Extremismus mit nicht klar zu erkennenden Grenzen zwischen Links- und Rechtsextremismus entstand 2003 die Partei *Rodina* (*Родина* – Heimat). Tom Thieme sieht als Grundelemente der

75 Vgl. Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz, S. 198.

76 Vgl. Umland, Neue ideologische Fusionen. In: Backes/Jesse (Hg.), Gefährdung der Freiheit, S. 371–406, hier 385. Für Umland ist Žirinovski ein „Kryptofaschist“, doch der Faschismusvorwurf ist in der Fachliteratur für die LDPR relativ selten.

77 Der Politologe Andreas Umland spricht im Zusammenhang mit der RNE von „Faschismuskarikatur“. Ebd., S. 378.

78 Zwei Gruppierungen benutzen das Akronym RNE, weitere wichtigen Splittregruppen sind die Russische Wiedergeburt (*Русское возрождение – RV*) und Slawischer Bund (*Славянский Союз – SS*). Lichačev/Pribyl'ovskij, *Russkoe Nacional'noe Edinstvo*, S. 121–130.

79 Hier könnte man etwa die Nationalstaatliche Partei Russlands (*Национал-державная партия России – NDPR*), die Partei der Verteidigung der russischen Verfassung (*Партия защиты российской Конституции – PZRK*), die Russische Ordnung (*Русский порядок, RP*) oder den Nationalsozialistischen Korpus (*Национал-социалистическое общество – NSO*) nennen.

80 Vgl. Koževnikova, *Radikal'nyi nacionalizm*, S. 171–173.

81 Vgl. Holzer, *Politické strany Ruska*, S. 231.

spezifischen Parteienideologie das Konzept des starken russischen Staates, eine Rückkehr zu einer staatlich gelenkten Ökonomie, die Restauration traditioneller Werte und die Propagierung bzw. Förderung einer speziell russischen Kultur.⁸²

Die Gründung dieser Partei wurde wahrscheinlich durch Kreml-nahe Kreise initiiert – mit dem Ziel, das extremistische Wählerpotential für Putins strategische Pläne zu mobilisieren. 2006 fusionierte sie mit zwei anderen zu einer neuen Partei namens *Gerechtes Russland – Heimat, Rentner, Leben* (*Справедливая Россия: Родина/Пенсионеры/Жизнь*). Das Profil dieser Partei ist eher linksorientiert.⁸³ Auch sie wird dem Kreml-Block zugerechnet.⁸⁴

2. Position der rechtsextremen Parteien im russischen Parteiensystem

Parteienpolitischer Rechtsextremismus spielt im russischen Parteiensystem eine wichtige Rolle, besonders dank der LDPR. Diese Partei konnte große Wahlerfolge feiern und ihre Stellung bis heute festigen. Bei den Duma-Wahlen von 1993 hat die LDPR 22,92% der Stimmen errungen, 1995 erzielte sie 11,18%, 1999 5,98%, 2003 11,45% und 2007 8,14%.

Die Position der Partei innerhalb des russischen politischen Systems ist spezifisch. Sie gehört nicht zum Kreml-Block und profitiert von der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungspolitik. Allerdings kam es zwischen der LDPR und dem Kreml zu keinen wesentlichen Meinungsverschiedenheiten. Wie Tom Thieme schreibt, wird Žirinovskij in Russland „längst mehr als populistischer Politclown [denn] als extremistischer Hardliner wahrgenommen.“⁸⁵

Auch Strategen des Kreml-Lagers versuchen, die Wählerschaft der LDPR und ähnlicher Gruppierungen für sich zu gewinnen, teilweise mit Erfolg. Die *Rodina* hat bei den Wahlen 2003, kurz nach ihrer Gründung, überraschend 9,02% der Stimmen erhalten, ihre Nachfolgerin *Gerechtes Russland* im Jahr 2007 nur noch 7,74%. Diese Parteien bilden faktisch einen Teil der systemtragenden Kräfte.

Die rechtsextremistischen Kleinparteien und -gruppierungen mit militanten Tendenzen vertreten dagegen eine klare Antisystem-Identität, was für neofaschistische Gruppierungen sowie für die NBP gilt, die nach Anti-Kreml-Krawallen verboten wurde. Diese Gruppierungen sind aber bisher nicht fähig, eine stabile Wählerschaft zu gewinnen und zu erhalten. Bei den Dumawahlen 2007 haben sich verschiedene rechtsextreme Kleingruppierungen an den erfolglosen

82 Vgl. Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz, S. 203.

83 Vgl. Stykow, Russland vor der Wahl. In: Russlandanalysen, 127 (2007), S. 3-6, hier 4, <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen127.pdf> [21. Februar 2008].

84 Vgl. Krämer/Jessensky, Parteien und Machtverhältnisse in Russland vor der Wahl, Berlin 2007, http://www.bundestag.de/bic/analysen/2007/Parteien_und_Machtverhaeltnisse_.pdf [19. Februar 2008].

85 Vgl. Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz, S. 200.

Wahlblöcken *Nationale Union* (*Народный Союз – NS*) und *Russische Patrioten* (*Патриоты России – PR*) beteiligt.⁸⁶

3. Agitationsfelder der russischen rechtsextremistischen Parteien und ihre Verflechtung mit der Gesellschaft

Extremer Nationalismus und extreme Politik sind in der russischen politischen Kultur allgemein als legitime Konzepte akzeptiert.⁸⁷ Deshalb sind im Prinzip viele Agitationsfelder nicht nur für Extremisten reserviert, was unter anderem etwa für die Komplexe russischer Imperialismus und „law and order“-Politik gilt. Zwischen der Mitte und den politischen Extremen liegen oft eher Unterschiede in Form und Rhetorik der Agitation als bei den faktischen Inhalten.

Wie bereits erwähnt sind offen geäußerte nationalistische territoriale Ansprüche für russische Rechtsextremisten typisch. Nach der Wiedererrichtung der Sowjetunion streben aber auch die russischen Kommunisten.⁸⁸ Den Sozialpopulismus nutzen die russischen Rechtsextremisten intensiv aus, aber dasselbe gilt auch für andere politische Kräfte. Auch ein ethnozentrischer Vorrang der russischen Bevölkerung ist nicht nur Merkmal der rechtsextremen Kräfte, doch in rechtsextremen Formen geht er in Rassismus (besonders gegen Kaukasus-Nationalitäten⁸⁹) und Antisemitismus über. Auch Islamophobie ist in Russland weit verbreitet.

Der parteiförmig organisierte russische Rechtsextremismus hat relativ schwache intermediäre Strukturen. Einzelne rechtsextremistische Organisationen sind mit dogmatischen Kreisen der orthodoxen Kirche verbunden. Einfluss haben die Rechtsextremisten auch bei einem Teil der Jugend. Die rechtsextremistischen Kleinparteien sind selbst oft mehr Jugendbewegung als klassische Parteien. Andererseits ist die Jugendorganisation der LDPR, *Straßengarde* (*Уличная гвардия – UG*), im Vergleich mit Organisationen anderer russischer Parteien relativ schwach.⁹⁰

Spezifische Position besetzen intellektuelle Kreise der russischen *Neuen Rechten*, die zwar Verbindungen zu extremistischen Kreisen unterhalten, deren Einfluss oft aber viel größer ist. Das gilt besonders für die Vertreter des Eurasiatums, deren Hauptvertreter Alexander Dugin Mitglied verschiedener obskurer Organisationen (für kurze Zeit auch der NBP) war. Doch stoßen seine Ide-

86 Vgl. Koževnikova, Osen' 2007, <http://xeno.sova-center.ru/29481C8/A7817D3> [21. Februar 2008].

87 Vgl. Holzer, *Politické strany Ruska*, S. 237.

88 Vgl. Simonsen, Nationalism and the Russian political spectrum. In: *Journal of Political Ideologies*, 6 (2001) 3, S. 263–288, hier 276.

89 Vgl. Koževnikova, *Radikal'nyi nacionalizm*, S. 113 f.

90 In russischen Medien wird die UG als eine „virtuelle Organisation“ bezeichnet. Vgl. Stanovaja, *Molodežnye organizacii*, *Politcom.ru* 2005, <http://www.politcom.ru/article.php?id=320> [20. Februar 2008].

en auch beim gesamten politischen und intellektuellen Spektrum Russlands auf breites Interesse.⁹¹

4. Beziehungen der rechtsextremistischen Parteien zu militanten Rehextremisten

Die Formierung des russischen rechtsextremistischen Spektrums war von Beginn an eng mit Gewaltexzessen, mit paramilitärischen Aktivitäten und mit militanten Jugendsubkulturen (besonders mit rassistischen Skinheads) verbunden, was besonders für Kleingruppen wie die RNE und ihre Nachahmer und Nachfolger oder für die NBP gilt. Die Nationalbolschewisten sind bis heute vor allem für Straßenkrawalle bekannt. Andererseits zeigen sich aber auch die Anhänger der anderen politischen Strömungen als mitunter extrem militant, einschließlich der kremlnahen Parteien und Organisationen.⁹²

Verschiedene neofaschistische Gruppierungen, die sich selbst als Parteien verstehen, stehen hinter rassistischen Exzessen, wie z. B. die *Russische Nationalsozialistische Partei* (*Русская Национальная Социалистическая Партия – RNSP*). Der militante Rechtsextremismus mit terroristischen Tendenzen ist in Russland gegenwärtig sehr stark.⁹³

Der LDPR-Vorsitzende Žirinovskij zeichnet als Führer der stärksten rechtsextremistischen Partei Russlands für viele Exzesse persönlich verantwortlich, doch diese gehören zum medialen Auftreten der Partei und weisen keine direkte Verbindung zu militanten rechtsextremen Strukturen auf. Doch auch die Mitglieder der LDPR haben zeitweilig Kontakte zur Militanten unterhalten, z. B. zum neonazistischen *Slawischen Bund*.⁹⁴

Die LDPR hat 1993 „Freiwillige Kämpfer“ gegen die US-geführten Bodentruppen in der *Operation Wüstensturm* während des zweiten Golfkrieges zum Einsatz auf Seiten Saddam Husseins vorbereitet. Ähnliche Aktivitäten hat 2003 auch die NBP entfaltet. In beiden Fällen war der Effekt nur eher symbolischer Natur. Russische rechtsextremistische Kleingruppierungen waren auch an der deutlich effizienter organisierten Rekrutierung russischer Freiwilliger für Einsätze während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien beteiligt. Viele russische Rechtsextremisten können auch selbst Erfahrungen aus bewaffneten Konflikten im postsowjetischen Raum vorweisen.

91 Vgl. Umland, Neue ideologische Fusionen, S. 388 f.

92 Wie zum Beispiel Mitglieder der Kreml-Jugendbewegung „Nashi“ (*Наша – Die Unsrigen*). Vgl. Ishkanian, Nashi, http://www.opendemocracy.net/article/democracy_power/politics_protest/russia_nashi [22. Februar 2008].

93 Vgl. Koževnikova, Radikal'nyi nacionalizm, S. 235.

94 Vgl. ebd., S. 77.

5. Position der russischen rechtsextremistischen Parteien innerhalb des transnationalen Spektrums

Die russischen rechtsextremistischen Parteien sowie viele nicht-parteigebundene Gruppierungen haben eine relativ starke Position innerhalb des transnationalen Spektrums, u.a. wegen der russischen Stellung als Großmacht und wegen der spezifischen ideologischen Spielarten des russischen Extremismus. Viele russische rechtsextreme Vorstellungen finden ein Echo auch im Westen. Für verschiedene westliche Kreise der Neuen Rechten sind z. B. die Eurasier interessante Partner,⁹⁵ in Russland wurde auch die internationale Eurasische Bewegung gegründet.

Die LDPR unterhält ein relativ breites Spektrum bilateraler Kontakte zu einzelnen westeuropäischen sowie mitteleuropäischen nationalistischen Parteien. Eine relativ wichtige Rolle hat dabei die Kooperation der LDPR mit der DVU gespielt.⁹⁶ Bekannt sind beispielsweise auch Žirinovskijs persönliche Kontakte zu Saddam Hussein oder Slobodan Milošević. Žirinovskij organisierte 2003 den Weltkongress der patriotischen Parteien in Moskau.⁹⁷

Die russischen rechtsextremistischen Parteien verfügen oft auch über „Filia- len“ für die russischen Minderheiten in postsowjetischen Staaten. Nationalsozialistische Kleinparteien pflegen intensive Kontakte mit dem neonazistischen Spektrum im Ausland.⁹⁸ Die NBP hat ebenso ihre Pendanten im Ausland (unter der russischen Minderheit sowie unter manchen slawischen Nationen) und sie arbeitet mit ähnlich orientierten ausländischen Gruppierungen zusammen.

6. Zusammenfassung

Der russische parteigebundene Rechtsextremismus besetzt eine relativ starke und stabile Position innerhalb des russischen Parteiensystems. Das ideologische Profil der LDPR als stärkster rechtsextremer Partei ist dabei nicht derart ideologisch gefestigt und begründet wie die ideologisch (oft sehr obskure) Basis der kleinen neofaschistischen, nationalsozialistischen, monarchistischen oder nationalbolschewistischen Gruppierungen (die letztgenannte nimmt im russischen extremistischen Spektrum im Vergleich zu anderen Staaten eine sehr starke Rolle ein). Die verschiedenen öffentlich agierenden Gruppierungen entfalten auch eine paramilitärische und mit Gewaltexzessen verbundene Tätigkeit.

Bei der Erforschung des russischen Rechtsextremismus ist es wichtig zu betonen, dass auch die kremlnahen, staatstragenden Kräfte das extremistische Wäh-

95 Vgl. Ivanov, Alexander Dugin, S. 19.

96 Vgl. Hertel, Die DVU, S. 27 f.

97 Vgl. Fiala/Mareš/Sokol, Eurostrany, S. 177.

98 Es ist z. B. interessant, dass die Pamyat im Jahr 2000 die NPD unterstützt hat, als der Partei in Deutschland ein Verbot drohte. Pamyat, Statement by the National-Patriotic Front Pamyat, <http://www.pamyat.ru/vndpeng.html> [21. Februar 2008].

lerpotential ausnutzten und zu diesem Zweck eigens Parteien gegründet haben (z. B. *Rodina*). Zur gegenwärtigen russischen politischen Kultur gehören allgemein der Nationalismus, weit ausgreifende imperiale Ansprüche, radikale politische Agitation, Präsenz auf der Straße usw. Die nationalistischen Gruppierungen waren teilweise auch aktiv innerhalb der Anti-Putin-Bewegung – hier gemeinsam mit demokratischen Kräften.

Die russischen Extremisten sind wegen der russischen Stellung als Großmacht auch anziehende Partner auf internationaler Ebene und entfalten in diesem Bereich gewisse Aktivitäten. Jedoch beteiligen sie sich nicht an den wichtigen Integrationsversuchen der europäischen extremen Rechten in der EU. Die provokativen Thesen einzelner Ideologen des russischen Rechtsextremismus und Nationalbolschewismus finden Widerhall im breiten Spektrum der russischen Politik sowie in der internationalen extremistischen Szene.

VI. Vergleichende Zusammenfassung

Bei allen hier behandelten Fallbeispielen läßt sich die rechtsextremistische Parteienlandschaft klar erkennen, aber mit einer jeweils unterschiedlichen Binnenstruktur. In Ostdeutschland sind alle wichtigen rechtsextremistischen Parteien Spielarten einer Interpretation des deutschen Nationalismus, doch treten ganz unterschiedliche politische Marschrichtungen bei der NPD einerseits, DVU und REP andererseits hervor. Allerding wird dies konterkariert durch die Tatsache der Zusammenarbeit von NPD und DVU. Im tschechischen Rechtsextremismus läßt sich eine klare Trennlinie ziehen zwischen Nationalisten und Neo-Nationalsozialisten. Innerhalb dieser Hauptströmungen wiederum finden sich verschiedene Subtypen (festgemacht anhand der Einstellung zu historischen Traditionen bzw. Religiosität). In Polen ist die rechtsextreme Parteienlandschaft durch Beziehungen zum konservativen Katholizismus geprägt. Parteiförmig iorganierte Rechtsextremisten in Russland lavieren zwischen zaristischen, faschistischen und sowjetischen Traditionen (oder einer Mischung aus diesen) und einem historisch nicht begründeten „imperialen Populismus“.

Im ostdeutschen rechtsextremen Parteienspektrum haben DVU und NPD eine wichtige Position nur auf Landesebene in drei Bundesländern. Beide Parteien entstanden während des Kalten Krieges in Westdeutschland, gegenwärtig sind sie aber erfolgreicher auf ostdeutschem Gebiet. Doch keine deutsche rechtsextremistische Partei stellt derzeit eine Fraktion im Bundestag. In Tschechien gehörte die SPR-RSČ nur in den Jahren 1992–1998 dem Parlament an, seit dieser Zeit ist das rechtsextreme Parteienspektrum zersplittert, und Rechtsextremisten sind unfähig, Wähler zu binden. Die polnischen extremen Rechten befanden sich in den 90er Jahren in einer schwachen Position. Seit 2001 konnten sie aber einen deutlichen Aufschwung verbuchen, der mit der Regierungsbeteiligung von LPR und *Samoobrona* in den Jahren 2005–2007 einen Gipfel erreichte, mit den vorgezogenen Neuwahlen 2007 jedoch scheinbar ein Ende fand. Die

weitere Entwicklung des polnischen Rechtsextremismus ist nach der Diskreditierung beider Parteien infolge der chaotischen Regierungsbeteiligung und ihrer Wahlniederlage 2007 offen. Die russischen Rechtsextremen stellen einen relevanten Teil des russischen Parteiensystems besonders dank der LDPR, die seit Beginn der 90er Jahre ein stabiler Teil der russischen Parteienlandschaft sind. Rechtsextreme Elemente kann man hier auch unter systemtragenden Kräften finden. Dazu sind in Russland viele mitunter obskure Kleinparteien mit reger Mitgliederbasis aktiv. Während in Tschechien und Ostdeutschland die Rechtsextremisten im System isoliert sind (mit begrenzten Ausnahmen), unterhalten sie in Russland sowie in Polen nachhaltige Kontakte zu anderen Parteien des Parteienspektrums.

In allen Staaten nutzen die Rechtsextremisten die Systemkritik und die Kritik der postmodernen Werte aus, um eine ethnozentrische und wohlstandschauvinistische Bevorzugung der eigenen Nationen zu propagieren. Die Rechtsextremisten in Osteuropa kritisieren auch die ökonomischen Reformen, was oft mit Verschwörungstheorien verbunden ist.⁹⁹ In allen Staaten sind ähnliche Opfergruppen Ziel rechtsextremistischer Propaganda. Die „Präferenz“ ist bei einzelnen nationalen Rechtsextremisten unterschiedlich: In Deutschland sind es Immigranten, in Tschechien Roma, in Russland die Völker des Kaukasus und Zentralasiens, in Polen gibt es keine klare Präferenz. Mindestens teilweise ist in allen Staaten auch der Antisemitismus erkennbar, doch in unterschiedlicher Ausprägung in den einzelnen Parteien. In Tschechien sowie in Polen ist ein wichtiges Agitationsfeld die Ablehnung der EU. Die deutschen sowie die russischen Rechtsextremisten haben offene territoriale Ansprüche.

In allen hier betrachteten Staaten bestehen begrenzte Verbindungen zwischen manchen rechtsextremistischen Parteien und rechtsextremistisch eingestellten Militanten. Doch von offener Gewalt geprägt sind vor allem die russischen Kleinparteien, sehr spezifisch ist auch die Gewalt der *Allpolnischen Jugend*. In Ostdeutschland sind die Verbindungen zwischen der NPD und den Freien Kameradschaften typisch, doch gegenwärtig wird zumindest in einem Teil der Partei dies als Ursache für die gesellschaftliche Diskreditierung diskutiert. In Tschechien ist die künftige Entwicklung der kleinparteilichen paramilitärischen „vigilantistischen“ Formationen offen, die aber gegenwärtig keine relevante Stärke aufweisen.

Die rechtsextremistischen Parteien in allen Staaten sind auch auf internationaler Ebene aktiv. Ihre Rollen werden dabei durch die Stärke des einzelnen Staates sowie durch ihre Position im jeweiligen heimischen Parteiensystems bestimmt. Die NPD ist eine der führenden Parteien, die eine engere Zusammenarbeit der rechten Parteien in Europa propagiert. Die nationalistischen Parteien aus Tschechien sowie aus Polen haben wegen anti-deutscher Reflexe Probleme, sich an dieser gesamteuropäischen rechtsextremen Struktur zu beteiligen.

99 Vgl. Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, S. 188.

Russische Rechtsextremisten sind gegenwärtig nicht an den wichtigen Integrationsversuchen der extremen Rechten auf europäischer Ebene beteiligt.

Den generellen Einfluss des parteipolitischen Rechtsextremismus auf die politische Kultur in den hier behandelten Ländern kann man unterschiedlich bewerten. In Ostdeutschland handelt es sich um eine isolierte Erscheinung, deren regionale Wahlerfolge kaum Erfolge auf bundespolitischer Ebene nach sich gezogen haben. In Tschechien verfügten die Rechtsextremisten zeitweise über eine Parlamentspräsenz in der Transformationsphase, nach der Konsolidierung des Parteiensystems wurden sie jedoch rasch an den Rand gedrängt. In Polen herrscht zwar allgemein eine demokratische politische Kultur, doch das Parteiensystem ist bis jetzt nicht stabilisiert, was das starke Potential der im Kontext der drei anderen Fallbeispiele etwas untypischen rechtsextremistischen Parteien zur Folge hat. In Russland sind manche der rechtsextremistischen Erscheinungen in das politische System eingegliedert, was mit starken autoritären Tendenzen einerseits und mit nicht konsolidierten Interaktionsmustern im politischen Spektrum andererseits zusammenhängt.

In allen betrachteten Staaten sind die bisherigen Erfolge der Rechtsextremisten mit vollendeter oder nicht-vollendeter Konsolidierung der Demokratie im Kontext der postkommunistischen Transformation verbunden.¹⁰⁰ In Russland ist eine mögliche Dekonsolidierung des autoritären Systems durch den Aufstieg des Rechtsextremismus nicht ausgeschlossen. In anderen Staaten ist es dagegen wahrscheinlicher, dass moderne rechtspopulistische Parteien einen Aufstieg erleben, die aber nur eine „pathological normacy“¹⁰¹ der europäischen Demokratien abbilden.

100 Vgl. Minkenberg, *Der Europäische Rechtsradikalismus heute*. In: ders./Sucker/Weninger (Hg.), *Radikale Rechte und Fremdfindlichkeit*, S. 14–36, hier 25–27.

101 Vgl. Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, S. 297.